Caritas Hannover | Forum Demenz

ambet Kompetenzzentrum Gerontopsychiatrische Beratung

HANDREICHUNG

Kommunalpolitische Anliegen wirksam platzieren

Orientierung für Fachgruppen Gerontopsychiatrie in Niedersachsen

Gefördert durch:
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Inhalt

1. Ziel der Handreichung 3
2. Kommunalpolitik in Niedersachsen verstehen 3
3. Das Anliegen klären: Was soll erreicht werden? 6
4. Die richtigen Ansprechpersonen finden 7
5. Kommunikationswege: persönlich, sachlich, vorbereitet 8
6. Gerontopsychiatrie politisch anschlussfähig begründen 9
7. Empfohlener Pfad vom Anliegen bis zur Entscheidung 10
8. Musterstruktur für ein mögliches Thesen- oder Forderungspapier 11
9. Praktische Hinweise – Dos and Don'ts 12
Anhang: Datenquellen im Überblick 13

Über diese Handreichung

Entstanden ist diese Handreichung im Rahmen der Netzwerktreffen der Sprecherinnen und Sprecher der Fachgruppen Gerontopsychiatrie in Niedersachsen – mit freundlicher Unterstützung von Andrea Prell (MdL).

Caritas Forum Demenz
Vahrenwalder Str. 271
30179 Hannover
Tel.: 01515 8075004
www.caritasforumdemenz.de

ambet Kompetenzzentrum Gerontopsychiatrische Beratung
Triftweg 73
38118 Braunschweig
Tel.: 0531 25657 43
www.ambet-kompetenzzentrum.de

1. Ziel der Handreichung

Diese Handreichung richtet sich an Fachgruppen Gerontopsychiatrie in Niedersachsen. Sie soll dabei unterstützen, fachliche Anliegen aus der Versorgung älterer Menschen mit psychischen Erkrankungen strukturiert, verständlich und wirksam in kommunalpolitische Prozesse einzubringen.

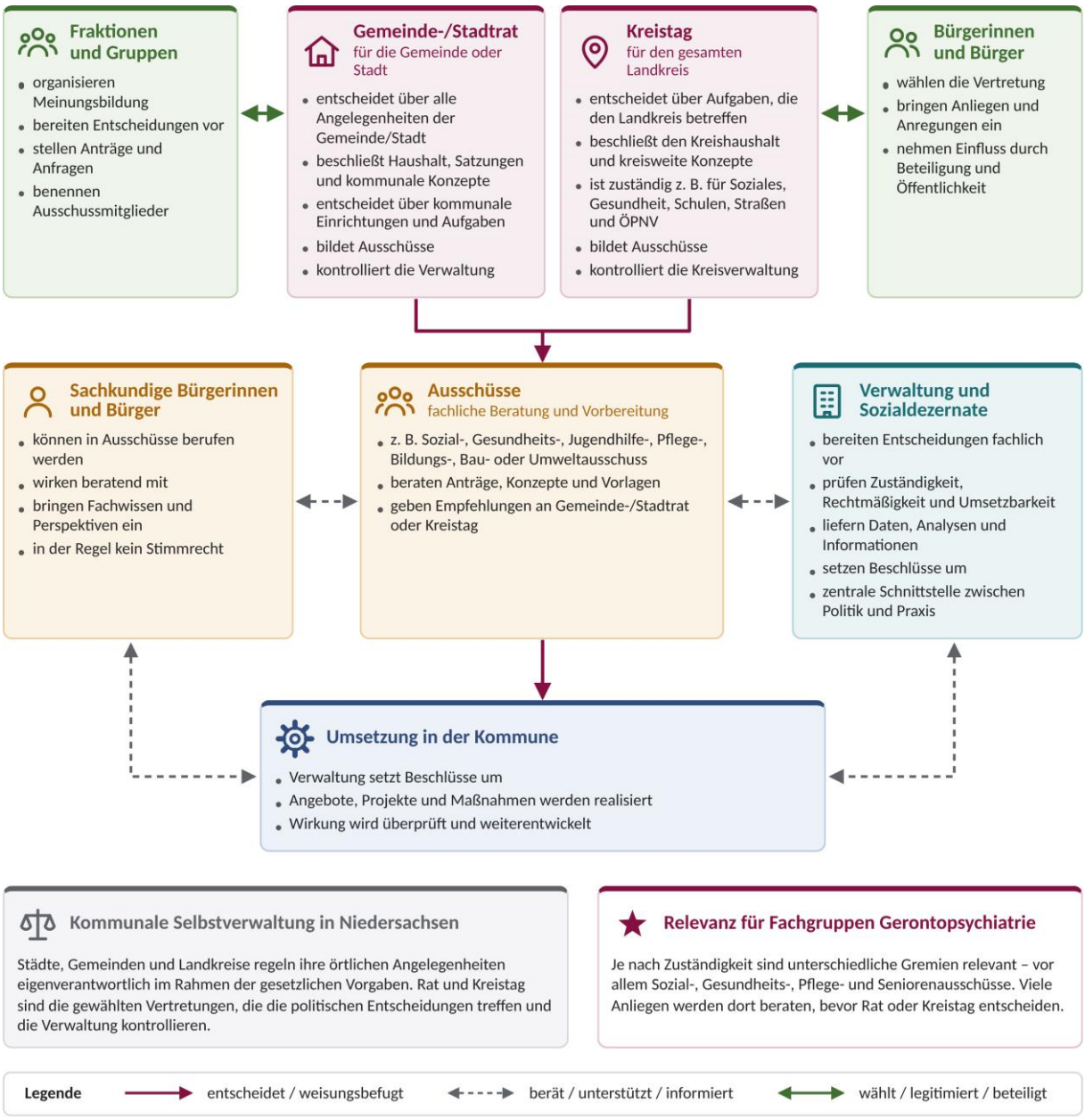
Ziel ist es, einen praxisnahen Orientierungsrahmen bereitzustellen: von der Klärung des fachlichen Anliegens über die Auswahl geeigneter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bis hin zur politischen Beratung und möglichen Beschlussfassung. Die Handreichung ersetzt keine rechtliche Beratung und erhebt keinen Anspruch auf vollständige Darstellung kommunalverfassungsrechtlicher Verfahren. Sie soll vielmehr helfen, kommunale Strukturen besser zu verstehen und fachliche Anliegen gezielt in diese Strukturen einzubringen. Dabei gibt es nicht „den richtigen Weg“, jedoch einige Grundsätze, die man beachten sollte.

Gerontopsychiatrische Themen berühren zentrale Bereiche kommunaler Daseinsvorsorge. Sie betreffen unter anderem Pflege, Gesundheit, soziale Teilhabe, Angehörigenentlastung, Wohnformen, Krisenversorgung und Prävention. Damit liegen sie häufig an Schnittstellen unterschiedlicher kommunaler Aufgabenbereiche. Für eine erfolgreiche Thematisierung ist es daher erforderlich, fachliche Anliegen nicht nur inhaltlich korrekt, sondern auch kommunalpolitisch anschlussfähig aufzubereiten.

Kommunalpolitische Prozesse sind in der Regel langfristig angelegt. Entscheidungen entstehen selten durch ein einzelnes Schreiben oder ein einzelnes Gespräch. Erforderlich sind häufig wiederholte Kontakte, sorgfältige Vorbereitung, klare Zielsetzungen und ein abgestimmtes Auftreten der Fachgruppe.

2. Kommunalpolitik in Niedersachsen verstehen

Kommunalpolitik findet in Niedersachsen auf unterschiedlichen Ebenen statt. Hierzu zählen Gemeinden, Städte, Samtgemeinden, Landkreise, kreisfreie Städte sowie die Region Hannover. Die konkrete Arbeitsweise unterscheidet sich je nach Kommune, Größe, örtlicher Praxis und politischer Struktur. Der Praxisleitfaden Kommunalpolitik weist darauf hin, dass Kommunen zwar vergleichbaren rechtlichen Grundlagen folgen, Aufgaben, Arbeitsweisen und Routinen jedoch regional unterschiedlich ausgestaltet sein können. Abbildung 1 zeigt die wichtigsten Akteure und ihr Zusammenwirken.



Hinweis: Die dargestellten Strukturen können je nach Kommune in Größe, Zuständigkeiten und Ausgestaltung variieren.

Abbildung 1: Kommunalpolitik in Niedersachsen – Akteure und Zusammenwirken

Gemeinde-/Stadtrat und Kreistag

In Niedersachsen richtet sich die Bezeichnung der kommunalen Vertretung nach der jeweiligen Gebietskörperschaft. In Gemeinden und Städten übernimmt der Rat – häufig auch als Gemeinde- oder Stadtrat bezeichnet – die politischen Grundsatzentscheidungen der Kommune. Auf Ebene des Landkreises ist hierfür der Kreistag zuständig. Beispiele der Zuständigkeit des Kreistages sind etwa Pflegeplanung, ÖPNV oder auch Sozialleistungen. Während sich Gemeinde- und Stadträte mit den Angelegenheiten einer einzelnen Kommune befassen, entscheidet der Kreistag über Aufgaben, die den gesamten Landkreis betreffen oder von kreisangehörigen Kommunen gemeinsam wahrgenommen werden.

Diese Gremien sind Ausdruck der kommunalen Selbstverwaltung. Das bedeutet, dass Städte, Gemeinden und Landkreise ihre örtlichen Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben eigenverantwortlich gestalten und politische Schwerpunkte setzen können. Dazu gehören unter anderem Entscheidungen über Haushalte, Satzungen, kommunale Konzepte sowie die Ausgestaltung sozialer Infrastruktur.

Für Fachgruppen Gerontopsychiatrie ist diese Unterscheidung wichtig, weil sich Zuständigkeiten und Ansprechpartner je nach Thema unterscheiden. Maßnahmen zur Unterstützung älterer Menschen oder von Menschen mit Demenz werden häufig auf kommunaler Ebene geplant, finanziert oder politisch beschlossen. Je nachdem, ob eine Maßnahme eine einzelne Kommune oder den gesamten Landkreis betrifft, sind Gemeinde- bzw. Stadtrat oder der Kreistag die geeigneten politischen Ansprechpartner.

Ausschüsse

Ausschüsse sind zentrale Orte fachlicher Vorberatung. Dort werden Themen häufig detaillierter, sachbezogener und fachnäher behandelt als in Rat oder Kreistag. Der Rat kann Ausschüsse bilden; ihre Einrichtung und Zusammensetzung werden regelmäßig zu Beginn einer Wahlperiode festgelegt.

Für gerontopsychiatrische Anliegen können insbesondere Sozialausschüsse, Gesundheits- und Pflegeausschüsse, Senioren- oder Teilhabeausschüsse sowie Ausschüsse mit Bezug zu Bildung, Stadtentwicklung oder Wohnen relevant sein. Beratende Ausschüsse verfügen zwar nicht immer über Entscheidungskompetenz, sie prägen jedoch wesentlich die politische Willensbildung.

Fraktionen und Gruppen

Fraktionen und Gruppen organisieren die politische Meinungsbildung in den kommunalen Vertretungen – also im Gemeinde- oder Stadtrat sowie im Kreistag. Sie bereiten Entscheidungen vor, können Anträge stellen, Tagesordnungspunkte anregen und Ausschussmitglieder benennen. Für Fachgruppen sind sie wichtige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, wenn ein Anliegen politisch aufgegriffen oder in einen Antrag überführt werden soll.

Verwaltung und Sozialdezernat

Die Verwaltung bereitet politische Entscheidungen fachlich und organisatorisch vor. Sie kennt Zuständigkeiten, laufende Planungen, Haushaltslagen, rechtliche Rahmenbedingungen und Umsetzungswege. Sozialdezernate nehmen dabei häufig eine zentrale Schnittstellenfunktion zwischen fachlicher Verwaltung und politischer Entscheidung wahr.

In gerontopsychiatrischen Fragen sind zudem Sozialpsychiatrische Dienste und Sozialpsychiatrische Verbünde von Bedeutung. Sie verfügen über regionale Kenntnisse der Versorgungslage und können wichtige Hinweise zu Bedarfen und Schnittstellen geben.

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Neben den gewählten Rats- oder Kreistagsmitgliedern können Kommunen sachkundige Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich in Ausschüsse berufen. Sie bringen ihre fachliche Expertise ein und wirken – je nach Ausschuss und kommunaler Regelung – beratend oder mit Stimmrecht an der Ausschussarbeit mit.

Für Fachgruppen Gerontopsychiatrie kann diese Struktur bedeutsam sein, wenn gerontopsychiatrische Expertise langfristig und kontinuierlich in kommunale Beratungs- und Entscheidungsprozesse eingebracht werden soll.

3. Das Anliegen klären: Was soll erreicht werden?

Bevor politische Gespräche geführt oder Forderungen formuliert werden, ist eine gemeinsame inhaltliche Vorbereitung innerhalb der Fachgruppe sinnvoll. Dabei geht es nicht nur um die Beschreibung bestehender Probleme, sondern um eine nachvollziehbare Einordnung der Situation, die Benennung relevanter Akteurinnen und Akteure sowie die Entwicklung konkreter und umsetzbarer Handlungsperspektiven. Die folgenden Leitfragen unterstützen dabei, Anliegen strukturiert aufzubereiten und gegenüber Politik und Verwaltung klar zu kommunizieren.

	LEITFRAGEN	BEISPIELE
1 WAS? Das konkrete Problem	• Welche Versorgungslücke oder Schwierigkeit besteht? • Was funktioniert nicht ausreichend? • Was soll sich ändern?	*fehlende Krisenstrukturen, Versorgungslücken, fehlende Entlastungsangebote, unklare Übergänge*
2 WER? Die Betroffenen	• Wer ist direkt oder indirekt betroffen? • Welche Gruppen, Einrichtungen oder Dienste sind einbezogen? • Wer ist von Veränderungen betroffen?	*ältere Menschen, Angehörige, Pflegeeinrichtungen, Hausärztinnen und -ärzte, Kliniken, ambulante Dienste, Sozialpsychiatrischer Dienst, gesetzliche Betreuungen, Kommunen*
3 WARUM? Kommunale Relevanz	• Warum ist das Thema für die Kommune wichtig? • Welche Folgen hat das Problem für die Gemeinde oder den Landkreis? • Welche Bereiche sind betroffen?	*Pflege, Wohnen, soziale Teilhabe, kommunale Infrastruktur, Sicherheit, Angehörigenentlastung, Kostenfolgen*
4 WELCHE ZAHLEN? Daten und Fakten	• Welche Zahlen belegen das Problem? • Welche Entwicklungen sind erkennbar? • Welche Erfahrungen und Rückmeldungen liegen vor?	*Fallzahlen, demografische Entwicklung, örtlicher Pflegebericht, Sozialpsychiatrischer Plan*
5 WIE WEITER? Der nächste Schritt	• Was soll politisch angestoßen oder erreicht werden? • Welche konkrete Veränderung wird angestrebt? • Was ist ein realistischer und umsetzbarer Vorschlag?	*Empfehlung für ein neues Angebot, Prüfung einer Initiative, Einrichtung einer Förderlinie, Start eines Modellprojekts, bessere Übergänge, verbesserte Kooperation*

Abbildung 2: Die 5 Ws zur Klärung des Anliegens

Kommunalpolitisch Tätige entscheiden über ein breites Spektrum an Themen – von Bau und Infrastruktur bis zu Sicherheit, Bildung und Soziales. Gerontopsychiatrische Anliegen sollten deshalb verständlich, datenbasiert und lösungsorientiert aufbereitet werden. Ein kurzes Thesen- oder Positionspapier mit konkreten Handlungsempfehlungen erleichtert die politische Beratung und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass ein Thema aufgegriffen wird.

Zahlen und Daten finden

Lokale Zahlen gehören zu den wirksamsten Argumenten in der Kommunalpolitik. Sie machen sichtbar, dass ein Anliegen nicht auf Einzelfällen beruht, sondern eine Entwicklung beschreibt, die die Kommune heute und künftig betrifft. Für die Leitfrage „Welche Zahlen?“ ist eine eigene Erhebung in der Regel nicht erforderlich: Viele aussagekräftige Informationen liegen bereits öffentlich vor – in der

amtlichen Statistik, in kommunalen Planungsberichten wie dem örtlichen Pflegebericht oder dem Sozialpsychiatrischen Plan sowie in Veröffentlichungen von Fachgesellschaften. Ergänzt um die Erfahrungen aus der eigenen Praxis entsteht so eine belastbare Argumentationsgrundlage. Eine Übersicht geeigneter Datenquellen enthält der Anhang.

4. Die richtigen Ansprechpersonen finden

Für die wirksame Platzierung eines Anliegens ist die Zuordnung zur richtigen politischen und administrativen Ebene von zentraler Bedeutung. Nicht jedes Thema gehört unmittelbar in den Rat oder Kreistag. Häufig ist der Weg über Ausschüsse, Fraktionen oder Verwaltung zielführender.

Erste Recherchequellen, um Ansprechpersonen ausfindig zu machen

Zur Vorbereitung sollten insbesondere folgende Informationsquellen genutzt werden:

- Internetseiten von Landkreis, Stadt oder Gemeinde
- Ratsinformationssysteme
- Ausschussübersichten
- Sitzungskalender und Tagesordnungen
- Hauptsatzung und Geschäftsordnung
- Organigramme der Verwaltung
- Zuständigkeiten der Dezernate
- Sozialpsychiatrische Pläne und Wegweiser
- ggf. örtliche Pflegeberichte
- kommunale Gesundheits- und Sozialberichte, Haushaltsunterlagen

Hauptsatzung, Geschäftsordnung und Ratsinformationssysteme sind besonders hilfreich, weil dort Zuständigkeiten, Verfahrenswege, Fristen und Gremienstrukturen sichtbar werden. Viele dieser Informationen sind über die Internetseiten der Kommunen oder Ratsinformationssysteme öffentlich einsehbar und helfen dabei, Zuständigkeiten, Entscheidungswege und Fristen nachzuvollziehen.

Mögliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Je nach Anliegen können insbesondere folgende Personen oder Stellen relevant sein:

- Vorsitzende und Mitglieder des Sozialausschusses
- gesundheitspolitische oder sozialpolitische Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen
- Fraktionsvorsitzende
- Kreistags- oder Ratsmitglieder mit Bezug zu Pflege, Gesundheit, Soziales etc.
- Sozialdezernentin oder Sozialdezernent
- Leitung des Sozialamtes, Gesundheitsamtes oder Sozialpsychiatrischen Dienstes
- Vorsitz oder Leitung des Kreistags beziehungsweise Rates
- Ortsbürgermeisterinnen, Ortsbürgermeister oder Ortsräte bei lokalen Anliegen
- sachkundige Bürgerinnen und Bürger in relevanten Ausschüssen

Es empfiehlt sich, nicht ausschließlich Mehrheitsfraktionen anzusprechen. Auch Oppositionsfraktionen, kleinere Fraktionen oder fraktionslose Mitglieder können Themen aufnehmen, Anfragen stellen

oder öffentliche Aufmerksamkeit herstellen. Zugleich gilt: Wer eine tragfähige Mehrheit erreichen will, sollte parteiübergreifend kommunizieren.

5. Kommunikationswege: persönlich, sachlich, vorbereitet

Persönliche Gespräche sind in der Kommunalpolitik häufig wirkungsvoller als reine Schriftkommunikation. Viele kommunalpolitisch Tätige üben ihr Mandat ehrenamtlich aus und verfügen nur über begrenzte zeitliche Ressourcen. Umso wichtiger sind klare, gut strukturierte und verständliche Informationen.

Empfohlener Ablauf

1. **Interne Abstimmung herstellen**
   Die Fachgruppe sollte vorab klären, welches Anliegen vertreten wird, wer für die Gruppe spricht, welche Forderung formuliert wird und welche Kompromisslinien möglich sind. Ein geschlossenes Auftreten erhöht die Verbindlichkeit der Kommunikation.

2. **Kurzes Papier erstellen**
   Die Fachgruppe sollte das Anliegen gemeinsam schärfen und so formulieren, dass seine kommunalpolitische Relevanz deutlich wird. Dazu gehören eine klare Kernbotschaft, konkrete Forderungen und eine abgestimmte Argumentation (siehe Musterstruktur in Kapitel 8).

3. **Verwaltung fachlich einbinden**
   Vor einer politischen Zuspitzung kann ein Gespräch mit dem Sozialdezernat, dem Gesundheitsamt oder dem Sozialpsychiatrischen Dienst sinnvoll sein. So lassen sich vorhandene Daten, bestehende Maßnahmen und Zuständigkeiten klären sowie mögliche Unterstützerinnen und Unterstützer innerhalb der Verwaltung identifizieren. Gemeinsame Interessen und fachliche Rückendeckung erhöhen die Erfolgsaussichten des Anliegens.

4. **Fraktionen und Ausschussmitglieder rechtzeitig kontaktieren**
   Ermitteln Sie, welche Fraktionen, Ausschüsse oder politischen Entscheidungsträger für das Anliegen zuständig sind. Berücksichtigen Sie dabei aktuelle politische Themen sowie den geeigneten Zeitpunkt für die Ansprache. Eine gezielte Kontaktaufnahme erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass das Anliegen aufgegriffen wird. Viele Anliegen benötigen personelle oder finanzielle Ressourcen. Daher ist der Zeitpunkt der Einbringung wesentlich. Wer Mittel, Personal, Projekte oder neue Strukturen anregen möchte, sollte die kommunale Haushaltsplanung kennen. Der Haushalt ist das zentrale Steuerungsinstrument der Kommune; Maßnahmen, die dort nicht vorgesehen sind, lassen sich häufig nur schwer umsetzen. Also: Anliegen möglichst vor Haushaltsgesprächen einbringen!

5. **Bericht oder Vorstellung im Ausschuss**
   Die Fachgruppe kann anregen, ein Thema im zuständigen Ausschuss vorzustellen. Dies ist insbesondere dann geeignet, wenn zunächst Problembewusstsein geschaffen, fachliche Informationen bereitgestellt oder regionale Entwicklungen sichtbar gemacht werden sollen.

6. **Gespräch führen**
   Im Gespräch sollten wenige zentrale Kernbotschaften vermittelt werden. Empfehlenswert sind maximal drei Hauptpunkte. Wichtig sind Sachlichkeit, konkrete Beispiele, lokale Zahlen und ein realistischer Vorschlag.

7. **Nachfassen**
   Nach dem Gespräch sollte eine kurze schriftliche Zusammenfassung erfolgen. Darin können zentrale Punkte, zugesagte Schritte und ggf. beigefügte Unterlagen festgehalten werden. Politische Prozesse benötigen Nachverfolgung.

6. Gerontopsychiatrie politisch anschlussfähig begründen

Ein gerontopsychiatrisches Anliegen sollte nicht ausschließlich als Fachproblem dargestellt werden. Für kommunalpolitische Beratungen ist es erforderlich, die Bedeutung des Themas in die Logik kommunaler Verantwortung zu übersetzen. Hilfreich ist es dabei, in Zuständigkeiten, Finanzen, Mehrheiten, Wahlperioden und Öffentlichkeit zu denken. Die Öffentlichkeit sollte dabei strategisch und nicht als Drohkulisse genutzt werden.

- **Demografischer Wandel**
  Die Zahl älterer Menschen nimmt zu. Damit steigt auch die Bedeutung psychischer Erkrankungen im Alter, etwa Demenz, Depression, Suchterkrankungen, wahnhafte Störungen, Angststörungen oder Krisen im Zusammenhang mit Pflegebedürftigkeit. Diese Entwicklung betrifft kommunale Versorgungsstrukturen unmittelbar.

- **Daseinsvorsorge**
  Gerontopsychiatrische Versorgung ist Bestandteil einer funktionierenden sozialen Infrastruktur. Fehlende Angebote wirken sich auf Pflege, Rettungsdienste, Kliniken, An- und Zugehörige, Beratungsstellen und kommunale Hilfesysteme aus. Fehlende oder nicht bedarfsorientierte Angebote wirken sich nicht nur auf die Versorgung aus, sondern können auch die kommunalen Ausgaben für die Hilfe zur Pflege erhöhen.

- **Entlastung von An- und Zugehörigen und Einrichtungen**
  Gute Beratung, Vernetzung und Krisenprävention können Eskalationen vermeiden, Versorgung stabilisieren und An- und Zugehörige sowie Einrichtungen entlasten.

- **Wirtschaft und Arbeitsmarkt**
  Pflegeeinrichtungen, ambulante Dienste, Kliniken und Beratungsstellen sind zugleich wichtige Arbeitgeber. Versorgungslücken belasten Personal, erhöhen Ausfallrisiken und können die Fachkräftebindung erschweren.

- **Sicherheit und Prävention**
  Ungeklärte Zuständigkeiten, Krisenlagen und Überforderungssituationen können kommunale Sicherheits- und Unterstützungsstrukturen beanspruchen. Sachlich formuliert kann dieser Zusammenhang die Dringlichkeit präventiver Strukturen verdeutlichen.

Ein wirksames Anliegen stellt diese Zusammenhänge dar, ohne das Thema zu überfrachten. Soziales, Gesundheit, Pflege, Wohnen, Mobilität, Ehrenamt, Sicherheit, Bildung und Wirtschaft sind kommunal häufig miteinander verbunden und wichtige Themen der Politik.

7. Empfohlener Pfad vom Anliegen bis zur Entscheidung

Die politische Bearbeitung eines Anliegens erfolgt in der Regel nicht in einem einzelnen Schritt, sondern über mehrere aufeinander aufbauende Phasen. Von der ersten Problembeschreibung bis zur möglichen politischen Entscheidung sind unterschiedliche Akteurinnen und Akteure, Zuständigkeiten und Abstimmungsprozesse beteiligt. Der folgende Ablauf verdeutlicht einen möglichen Weg, wie fachliche Beobachtungen strukturiert vorbereitet, kommuniziert und in politische Prozesse eingebracht werden können.

Kommunalpolitik ist ein Langstreckenlauf, kein Sprint.

1	PROBLEM INTERN SAMMELN	Beobachtungen, Fallkonstellationen, Versorgungslücken und wiederkehrende Schwierigkeiten zusammentragen.
2	ANLIEGEN VERDICHTEN	Ein konkretes Ziel formulieren: Was soll sich ändern?
3	DATEN SICHERN	Lokale Zahlen, demografische Entwicklungen, Angebotslage und anonymisierte Fallbeispiele zusammenstellen.
4	ZUSTÄNDIGKEIT KLÄREN UND VERBÜNDETE SUCHEN	Prüfen, welche Verwaltung, Ausschüsse und politischen Gremien zuständig sind, und frühzeitig Verbündete in Verwaltung, Politik und Netzwerken gewinnen.
5	PAPIER ERSTELLEN	Ein Thesenpapier, Forderungspapier oder einen Entwurf für einen politischen Antrag vorbereiten.
6	GESPRÄCHE VORBEREITEN	Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner recherchieren, Gesprächsziel festlegen und Kernbotschaften abstimmen.
7	VERWALTUNG UND POLITIK ANSPRECHEN	Sozialdezernat, Ausschussmitglieder, Fraktionen und gegebenenfalls die Leitung des Kreistags oder Rates einbeziehen.
8	AUSSCHUSSBEFASSUNG ANREGEN	Vorstellung, Anfrage, Bericht oder Antrag als möglichen politischen Schritt vorschlagen.
9	ENTSCHEIDUNG BEGLEITEN UND DRANBLEIBEN	Rückfragen beantworten, Informationen nachreichen, den Kontakt halten und den politischen Prozess mit Geduld bis zur Entscheidung begleiten.
10	UMSETZUNG BEOBACHTEN	Beschlüsse, Haushaltsansätze und Verwaltungshandeln nachverfolgen und Fortschritte regelmäßig prüfen.

MERKE

Warum Verbündete so wichtig sind

- Mehrere Träger gemeinsam erreichen mehr als eine Einzelstimme.
- Ein breites Netzwerk schafft Glaubwürdigkeit und erhöht die politische Relevanz.
- Verbündete öffnen Türen in Verwaltung und Politik und erleichtern den Zugang zu Entscheidenden.
- Gemeinsame Positionen verringern Widerstände und erhöhen die Durchsetzungschancen.
- Einladungen zu Vor-Ort-Terminen machen das Anliegen konkret und nachvollziehbar.

MERKE

Warum Timing so wichtig ist

- Haushaltsphasen beachten: Hier werden die Weichen gestellt.
- Wahljahre beachten: Der letzte Haushalt vor der Kommunalwahl gilt oft für zwei Jahre.
- Nach Wahlen sind andere Akteure im System – neue Prioritäten und Zuständigkeiten sind möglich.
- Strategieprozesse und politische Schwerpunkte bieten Anknüpfungspunkte – den richtigen Moment nutzen.

Abbildung 3: Vom Anliegen zur Entscheidung in zehn Schritten

8. Musterstruktur für ein mögliches Thesen- oder Forderungspapier

MUSTERSTRUKTUR FÜR FACHGRUPPEN

THESENPAPIER

TITEL _____

Prägnante Aussage mit lokalem Bezug

★ MERKE – BEWÄHRTE STRUKTUR

- ✓ Umfang: maximal 1–2 Seiten
- ✓ Kurzfassung: 5–6 Zeilen
- ✓ Ein Thema pro Thesenpapier
- ✓ Problem konkret und lokal beschreiben
- ✓ Lösung mit klarem politischen Auftrag
- ✓ Nutzen und Auswirkungen darstellen
- ✓ Kosten und Aufwand transparent benennen
- ✓ Mit einer konkreten Bitte abschließen

1 KURZFASSUNG (5–6 ZEILEN)

In wenigen Zeilen die wesentlichen Punkte auf den Punkt bringen:

- Was ist das Problem?
- Warum besteht Handlungsbedarf?
- Was wird vorgeschlagen?
- Welcher Nutzen entsteht?

BEISPIEL – KURZFASSUNG

In XXX kommt es in Pflegeeinrichtungen häufig zu gerontopsychiatrischen Krisen, insbesondere bei Menschen mit Demenz. Fachliche Unterstützung vor Ort fehlt, sodass oft Notarzt oder Krankenhaus einspringen müssen. Wir schlagen ein aufsuchendes gerontopsychiatrisches Beratungsteam für die Pflegeeinrichtungen in XXX vor, um Krisen frühzeitig zu erkennen und unnötige Klinikeinweisungen zu vermeiden.

2 AUSGANGSLAGE

Kurzbeschreibung der örtlichen Situation.

- Aktuelle Versorgungssituation
- Besonderheiten der Kommune
- Bisherige Entwicklungen und Aktivitäten

3 PROBLEMSTELLUNG

Konkrete Beschreibung der Versorgungslücke.

- Was funktioniert nicht bzw. nicht ausreichend?
- Wer ist betroffen?
- Welche Folgen entstehen ohne Handeln?

4 DATEN UND FAKTEN

Begründung des Problems durch nachvollziehbare Informationen.

- Fallzahlen
- Demografische Entwicklung
- Örtlicher Pflegebericht / Sozialpsychiatrischer Plan
- Wissenschaftliche Erkenntnisse
- Erfahrungen aus der Praxis

BEISPIELE FÜR QUELLEN

- Statistische Ämter
- Kommunale Berichte
- Fachliteratur
- Befragungen / Erhebungen
- Eigene Praxiserfahrungen

5 LÖSUNGSVORSCHLAG DER FACHGRUPPE

Konkrete Empfehlung mit klarer Zielrichtung.

- Aufbau / Erweiterung eines Angebots
- Durchführung eines Modellprojekts
- Erstellung einer Bedarfsanalyse
- Einrichtung einer Arbeitsgruppe o. Ä.
- Weitere konkrete Maßnahme (bitte benennen)

6 NUTZEN FÜR KOMMUNE UND ÖFFENTLICHKEIT

Warum lohnt sich die vorgeschlagene Maßnahme?

- Bessere Versorgung und Teilhabe
- Entlastung von Angehörigen
- Effizienterer Einsatz von Ressourcen
- Vermeidung von Folgekosten
- Höhere Lebensqualität
- Stärkung lokaler Netzwerke

7 AUFWAND UND FINANZIERUNG

Transparente Darstellung von Kosten und Ressourcen.

- Personeller Aufwand
- Organisatorischer Aufwand
- Geschätzte Kosten (einmalig / laufend)
- Mögliche Förderprogramme
- Vorhandene Ressourcen / Synergien
- Finanzierungsvorschlag

8 ERBETENER POLITISCHER / ADMINISTRATIVER SCHRITT

Was konkret von Politik bzw. Verwaltung gewünscht wird.

- Prüfauftrag an die Verwaltung
- Bericht im Fachausschuss
- Beschlussvorlage erstellen
- Einrichtung eines Runden Tisches
- Aufnahme in den Haushalt
- Bereitstellung von Haushaltsmitteln
- Durchführung einer Bedarfsanalyse

BEISPIEL – FORMULIERUNG

Wir bitten die Verwaltung der Kommune XXX, ein einjähriges Modellprojekt für aufsuchende gerontopsychiatrische Krisenberatung in den örtlichen Pflegeeinrichtungen zu prüfen und einen Umsetzungsvorschlag vorzulegen.

Abbildung 4: Musterstruktur für ein Thesen- oder Forderungspapier

Ein Thesen- oder Forderungspapier soll politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dabei unterstützen, ein fachliches Anliegen schnell einordnen und bewerten zu können. In kommunalpolitischen Zusammenhängen stehen häufig nur begrenzte Zeitressourcen zur Verfügung. Des-

halb ist es sinnvoll, zentrale Informationen strukturiert, verständlich und handlungsorientiert aufzubereiten. Ein solches Papier verbindet die Beschreibung einer konkreten Problemlage mit lokalen Beobachtungen, Daten, praktischen Erfahrungen und einem nachvollziehbaren Vorschlag für das weitere Vorgehen.

9. Praktische Hinweise – Dos and Don'ts

Die politische Kommunikation fachlicher Anliegen erfordert nicht nur inhaltliche Klarheit, sondern auch ein strategisch abgestimmtes Vorgehen. Bestimmte Verhaltensweisen und Kommunikationsformen können dazu beitragen, Anliegen nachvollziehbar und anschlussfähig zu vermitteln, während andere Vorgehensweisen politische Gespräche erschweren oder die Glaubwürdigkeit des Anliegens beeinträchtigen können. Für die Vorbereitung und Kommunikation gerontopsychiatrischer Anliegen haben sich folgende Grundsätze bewährt:

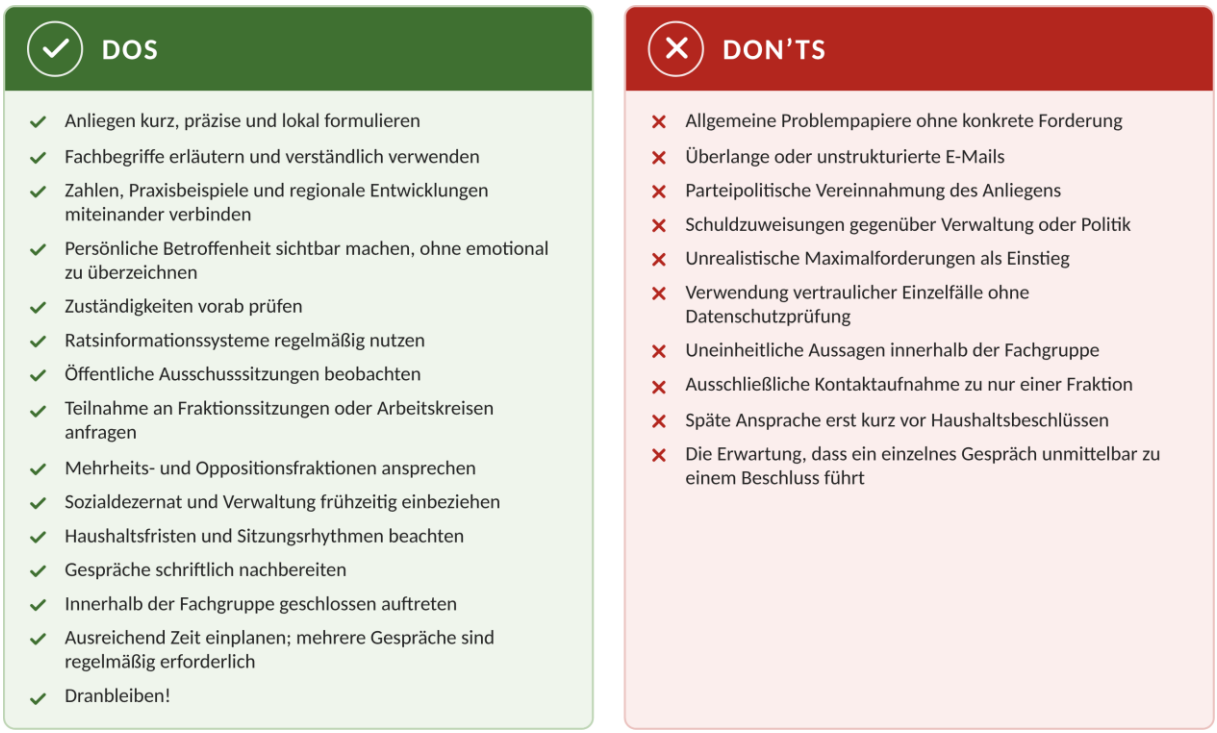


Abbildung 5: Dos and Don'ts in der politischen Kommunikation

Fachgruppen Gerontopsychiatrie sollten sich als fachkundige Partnerinnen kommunaler Selbstverwaltung verstehen. Sie bringen Praxiswissen ein, machen Versorgungslücken sichtbar, entwickeln realistische Lösungsvorschläge und unterstützen Politik und Verwaltung dabei, Entscheidungen auf einer belastbaren Informationsgrundlage zu treffen.

Anhang: Datenquellen im Überblick

Die folgende Übersicht nennt öffentlich zugängliche Quellen, mit denen sich gerontopsychiatrische Anliegen auf kommunaler Ebene mit Zahlen und Fakten untermauern lassen. Bitte jeweils den aktuellen Stand der Veröffentlichung prüfen und Quelle sowie Bezugsjahr angeben.

Fragestellung	Quelle	Was dort zu finden ist
Wie viele ältere Menschen leben in unserer Kommune – und wie viele werden es künftig sein?	Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN), Datenbank LSN-Online Wegweiser Kommune (Bertelsmann Stiftung)	Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht bis auf Gemeindeebene; Bevölkerungsvorausberechnungen bis 2040 für Landkreise, Städte und größere Gemeinden.
Wie viele Menschen mit Demenz leben voraussichtlich bei uns?	Deutsche Alzheimer Gesellschaft: Informationsblatt 1 „Die Häufigkeit von Demenzerkrankungen“ Arbeitshilfe zur Berechnung der Prävalenz und Inzidenz von Demenz (Projekt Komm.Care, Niedersachsen)	Häufigkeit nach Alter und Geschlecht zur eigenen Hochrechnung. Für Niedersachsen schätzt die Deutsche Alzheimer Gesellschaft rund 165.000 Menschen mit Demenz ab 65 Jahren.
Wie häufig sind Depressionen – auch im Alter – in unserer Region?	Gesundheitsatlas Deutschland (WIdO), Band „Depressionen“	Krankheitshäufigkeit für alle Landkreise und kreisfreien Städte, aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht; Vergleich mit Landes- und Bundeswerten möglich.
Wie ist die pflegerische Versorgung aufgestellt?	Örtlicher Pflegebericht des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt (§ 3 NPflegeG) Landespflegebericht Niedersachsen Pflegestatistik des LSN	Zahl der Pflegebedürftigen, vorhandene Angebote, Bedarfsprognosen und Handlungsempfehlungen. **Tipp:** Die örtlichen Pflegeberichte werden alle vier Jahre fortgeschrieben; die nächste Fassung ist zum 31.10.2027 fällig – ein guter Anlass, gerontopsychiatrische Bedarfe frühzeitig einzubringen.
Welche psychiatrischen Hilfen gibt es vor Ort – und wo bestehen Lücken?	Sozialpsychiatrischer Plan (§ 9 NPsychKG), erstellt vom Sozialpsychiatrischen Dienst im Benehmen mit dem Sozialpsychiatrischen Verbund Tätigkeitsberichte des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung (psychiatrie.niedersachsen.de)	Hilfebedarf und vorhandene Angebote in der Region (laufend fortgeschrieben); Beobachtungen der regionalen Besuchskommissionen zur psychiatrischen Versorgung.
Welche Kosten entstehen der Kommune?	Haushaltsplan der Kommune (über das Ratsinformationssystem) Sozialhilfestatistik des LSN (Hilfe zur Pflege)	Ausgaben und Zahl der Leistungsbeziehenden in der Hilfe zur Pflege – Grundlage für das Argument, dass Prävention und frühe Unterstützung Folgekosten vermeiden können (vgl. Kapitel 6).
Welche Daten liegen auf Landesebene vor?	Parlamentsdokumentation des Niedersächsischen Landtags	Antworten der Landesregierung auf Kleine und Große Anfragen enthalten häufig regionalisierte Daten, etwa zu Pflege, Psychiatrie oder Versorgungsangeboten.

Fragestellung	Quelle	Was dort zu finden ist
Was erleben wir in unserer Praxis?	Eigene Dokumentation der Fachgruppe Jahresberichte von Beratungsstellen, Pflegestützpunkten, Alzheimer Gesellschaften und Sozialpsychiatrischen Diensten	Zahl der Anfragen, Wartezeiten, abgelehnte oder nicht vermittelbare Anfragen, Krisensituationen, anonymisierte Fallbeispiele.